

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

53. Jahrgang
Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Nr. 429

Druck und Verlag von Rudolf Welle in Berlin.

Die Parteien und die Regierungsfrage.

Die Richtlinien des Reichstanzlers.

Die Richtlinien des Reichstanzlers für die Entscheidung über den Eintritt in die Volksgemeinschaft, die am Mittwoch früh den Reichstagen des Reichstages überreicht worden sind, lauten:

1. Die Verfassung vom 11. August 1919 wird als rechtsverbindlich Grundzüge des Nationalen Lebens anerkannt. Jeder Versuch, ihre Abänderung auf ungesetzliche, insbesondere gewalttätige Weise herbeizuführen, wird demgemäß als Hochverrat zu verfolgen und zu bestrafen sein.

2. Die Richtung der Außenpolitik wird in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die auf Grund derselben erlassenen Reichstagsgesetze sind lokal auszuführen, ebenso wie die lokale Durchführung des Abkommens von unsen Vertragspartnern erwartet. Die Regierung wird es sich angelegen sein lassen, die Auswirkung der abnormen Verpflichtungen aus sorgfältigste Prüfung zu überdenken und die sich als notwendig erweisenden Abänderungen zu erreichen. Die Aufnahme in den Völkerverbund soll entsprechend der im deutschen Memorandum niedergelegten Auffassung erstreckt werden.

3. Bei der Verteilung in Ausführung der bestimmten Gesetze sollen die Maßstäbe der Wirtschaftsförderung und der sozialen Gerechtigkeit angewandt werden. Die betreffenden Finanzgesetze sollen nach diesen Gesichtspunkten durchgearbeitet werden.

4. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung wird es betrachtet, die sozialen Leistungen dem Bedürfnis entsprechend zu steigern, sobald die finanzielle Lage des Reiches es zuzulassen gestattet.

5. Wirtschaftspolitik wird möglichst Steigerung der Produktion und des Wohlstandsgrades der Arbeit anstreben, um die internationale Kreditwürdigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, wie sie insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Reparationsbefreiung unverzichtbar ist. Ausgehend vom Grundsatz der wirtschaftlichen Freiheit werden staatliche Eingriffe nur insoweit in Betracht kommen, als sie notwendig erscheinen, um eine wirtschaftspolitische Unterordnung der Wirtschaftsfreiheit von anderer Seite abzuwehren. Bei Lösung der bevorstehenden außenhandelspolitischen Aufgaben wird mit der Stärkung der inländischen Produktion gleichzeitig auf die wirtschaftliche Förderung der Ausfuhr auf dem Boden von Gegenseitigkeit und Wirtschaftsfreiheit hingearbeitet werden.

Die Stellungnahme der Fraktionen.

Sitzungen des Zentrums und der Demokraten.

P. Sin. Der Reichstanzler hatte den Parteien gestern mitteilen lassen, daß er bis heute abend 8 Uhr ihre Stellungnahme zu seinen Richtlinien zu erläutern wünsche. Man schien jedoch von vornherein damit zu rechnen, daß die heutigen Entscheidungen der Fraktionen zu nächst noch keine völlige Klärung der Lage erbringen würden. Man glaubte vielmehr, daß die Fraktionen sich zunächst einfach mit den Richtlinien des Reichstanzlers einverstanden erklären würden, und diese Annahme gründete sich auf die Tatsache, daß Dr. Marx — schon allein mit Rücksicht auf die Zusammenfassung seines Abkommens — diesen Richtlinien eine mehr allgemeine als detaillierte Fassung verliehen hatte, eine Fassung, die es formell auch den Deutschen Nationalen gestattete, auf diesen Boden zu treten. In parlamentarischen Kreisen nahm man deshalb an, daß der heutige Tag höchstens eine teilweise Klärung, keineswegs aber eine Lösung bringen würde. Die Entscheidung wurde den Einzelverhandlungen überlassen bleiben, die nach der Abgabe der ersten Beschlüsse der Fraktionen einsetzten würden.

Der Verlauf des Vormittags gab diesen Erwartungen auch durchaus recht. Die Fraktionen des Zentrums trat um 10 Uhr zusammen und nahm einen eingehenden Bericht des Reichstanzlers Dr. Marx entgegen. Die Sitzung war, wohl im Hinblick darauf, daß eine Entscheidung nicht fallen würde, nicht voll besetzt und dauerte weniger als 1 1/2 Stunden, obwohl auch die Opposition zu Worte kam. Die Fraktion nahm demnach mit traditioneller Einmütigkeit eine Entschiedenheit an, die folgenden Wortlaut hatte:

„Die Zentrumsfraktion des Reichstages hält fest an ihrer Überzeugung, daß nur ein im Innern geeinigtes Volk Deutschland retten, der durch die Annahme des Londoner Abkommens geschaffenen gesamtpolitischen Lage gerecht werden und die uns auferlegten schweren Lasten unter tätiger Mitwirkung aller schaffenden Kräfte der Arbeit und der Wirtschaft tragen kann. Auch das erste Ziel der baldigen nötigen Bekämpfung der besetzten Gebiete ist auf diesem Wege am besten zu erreichen. Die Zentrumspartei unterleitet daher nachdrücklich die auf dieser Grundanschauung beruhenden Bemühungen des Reichstanzlers Marx, die bestehende Koalition durch Einziehung der zu außenstehenden Mitarbeiter befreiten Parteien vom rechts und links zu bereichern und dadurch eine feste und geehrte Regierung zu schaffen. Die Zentrumspartei erwartet von der parlamentarischen Regierung

und der Staatsverantwortung aller zur Mitwirkung berufenen Parteien bestimmt, daß sie unter Zurückstellung jeder Parteiinteressen der den Volksgenossen dienenden Arbeitsgemeinschaft zum Wiederaufbau des Vaterlandes sich anschließen.“

Es ist von einem Man des Kanzlers die Rede gewesen, demzufolge dieser beschuldigt, den Deutschen Nationalen und Sozialdemokraten nach dem Scheitern seiner Verhandlungen über die Zustimmung zu einer Regierung der Volksgemeinschaft eine Art Gottesfrieden bis zum 10. Januar nächsten Jahres vorgeschlagen. Wie wir bestimmt hören, ist von dieser Absicht in der Fraktion nicht gesprochen worden. Es wird verichert, daß dagegen innerhalb der Fraktion gegebenenfalls Bedenken geäußert werden würden.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen demokratischen Partei, deren Sitzung um 11 Uhr begann, trat in einer sehr gründliche und eingehende Erörterung der Lage ein, die sich auf einen Situationsbericht des Abgeordneten Grafen und auf die Richtlinien des Reichstanzlers stützte. Die Debatte zog sich bis über den Mittag hin. Es war eine lange Reihe von Diskussionsreden gemacht. Es sprachen die Abgeordneten Dietrich (Baden), Begritzfasser und andere mehr. Nach einer Mittagspause wird die Besprechung weitergehen. Die für heute abschließende Stellungnahme wird in einer Resolution wiedergegeben werden, die für den Nachmittag zu erwarten ist. Sie dürfte in dem Sinne lauten, wie er uns wiederholt gekennzeichnet wurde, und besagen, daß die Fraktion den Richtlinien und der Politik des Reichstanzlers zustimmt, und auch die Schaffung einer Regierung der wahren Volksgemeinschaft durch Verbreiterung nach rechts und links billigt.

Über den weiteren Verlauf gehen die Meinungen auseinander. Die einen sind der Auffassung, daß die Deutschen Nationalen sich bedingungslos auf den Boden der Richtlinien des Reichstanzlers stellen werden, während die Sozialdemokraten an dem Punkt betreffend die künftige Wirtschaftspolitik Anstoß nehmen würden. Dann würde alle die den Deutschen Nationalen erwünschte und von ihnen erhoffte Tatsache vorliegen, daß zwar die sogenannten bürgerlichen Parteien sich für die Pläne des Reichstanzlers und seine Richtlinien erklären, daß die Sozialdemokraten sich aber selber ausschalten werden, indem sie sich gegen die erwähnte Formel wenden. Die anderen meinen, daß die Deutschen Nationalen in den nun einsetzenden Einzelverhandlungen sich vorbehalten, über die Richtlinien des Reichstanzlers auszusprechen, aber hinsichtlich der Einzelentscheidung der Sozialdemokraten Bemerkungen stellen werden, die diese nicht annehmen könnten. Es handelt sich dabei aber nur um Kombinationen. Es dürfte sicher sein, daß die Verhandlungen im einzelnen schon aus der Sache heraus Schwierigkeiten der verschiedensten Art ergeben werden, und daß dann noch der Moment eintreten wird, wo die Deutsche Volkspartei sich entscheiden muß, in welcher Richtung sie ihren weiteren Weg gehen will. Der Reichstanzler ist nach allem, was man hört, noch wie vor fest entschlossen, sich das Gesetz des Handels nicht aus der Hand nehmen zu lassen, und auch in seiner Umgebung herrscht fester Einbruch, daß man mit dem Scheitern seiner Bemühungen und der baldigen Auflösung des Reichstages rechnen müsse.

Deutsch-japanisches Abkommen.

Rückgabe von zwei Dritteln des beschlagnahmten deutschen Eigentums.

Zwischen der deutschen Botschaft in Tokio und der japanischen Regierung ist nach längerem Verhandlungen am 12. September dieses Jahres ein Abkommen zustande gekommen, wodurch die Frage der Liquidation des deutschen Eigentums und die übrigen zwischen Deutschland und Japan stehenden Fragen aus Teil 10 des Versailleser Vertrages endgültig vereinigt werden. Die Durchführung des Abkommens, das im Wortlaut noch nicht vorliegt, wird voraussichtlich dazu führen, daß die deutschen Privatbeteiligten in Japan insgesamt mehr als zwei Drittel des Wertes ihres liquidierten Privatvermögens zurück erhalten. Zunächst erfolgen Zahlungen für Zingtau und die Sables, Gebiete, in welchen die deutschen Privatbeteiligten bisher ungenügend behandelt worden waren als in Japan selbst. Der Beginn der weiteren Auszahlungen für die Allgemeinheit ist für November in Aussicht genommen. Den Empfangsberechtigten, die in Japan weder amvord noch einen Vertreter haben, um die ihnen zustehenden Beträge in Empfang zu nehmen, wird empfohlen, der Botschaft in Tokio eine polizeilich beglaubigte Vollmacht zugleich mit einer Mitteilung darüber zu überreichen. Auskunft erteilt der Ostasiatische Verein, Hamburg, Ferdinandstraße 56.

Türkisch-englische Kämpfe im Jael.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

„Konstantinopel, 8. Oktober. Die türkisch-englischen Beziehungen sind etwas getrübt. Nach englischer Auffassung haben die Türken die demarkationslinie im Jaelengebiet mit militärischen Kräften überschritten. Die Türken behaupten das gleiche von den Engländern. Es ist zu Zusammenstoßen gekommen, bei denen englische Flieger den Türken Verluste beibrachten. Nach türkischen Nachrichten sollen die Engländer Beschäftigten an der Jaelgrenze zusammengewürgelt haben.“

Amerita in Erwartung des „Z.A.3“

Eine Unterredung mit dem Chef des amerikanischen Flugwesens. — Die Vorbereitungen in Calcutta. — Der geplante Ausbau des amerikanischen Luftdienstes mit Zepellinen. — Die Planierte Leistung Deutschlands.

Funktelegramm unseres Korrespondenten.

Dr. Max Jordan.

Neu-York, 7. Oktober.

„Die Königin der Lüfte“ ist der neue Zepellinfreier hier vom Reichsamt gekauft worden, dessen Lebensfahrt nach dem neuen Welt im Laufe dieser Woche erwartet wird. Die Amerikaner, die stets an Rechenkünften ihre besondere Freude haben, lassen sich nicht nehmen, heute bereits festzustellen, daß der größte Wolkenträger des Landes der unbegrenzten Möglichkeiten, „Wellworth Building“, Neu-York, mit seinem, alle übrigen Steinriesen der City majestätisch überragenden Turmbau im Inneren des Luftschiffes bequemen Platz fände. So sind denn die Deutschen, in horizontaler Richtung wenigstens, dem amerikanischen Wolkenträger nicht gewachsen.

Der neue Zepellinfreier, wenn nicht die Weiterbedingungen in dieser Nacht noch eine Veränderung der bisherigen Dispositionen erforderlich machen, im Flughafen Calcutta auf Neu-York, flüchtig von Neu-York, und östlich von Philadelphia, landen. Die gewaltige Luftschiffhalle, die jetzt schon das Schwestererschiff „Zehnanob“ beherbergt, wird ihn aufnehmen. Die Halle ist die größte ihrer Art auf der Welt und die Amerikaner sind stolz darauf, daß sie nun bald auch das größte Luftschiff der Welt überdecken wird. Da alle Vorbereitungen bereits getroffen sind, glaube ich den richtigen Zeitpunkt zu wählen, als ich heute dem Chef des amerikanischen Flugwesens, Kommandant Admiral Moffatt, aufsuchte und ihn bat, mir zu sagen, mit welchen Gefühlen er der transatlantischen Reise des Americapeppelins entgegenzusehe. Admiral Moffatt steht an der Spitze der aeronautischen Abteilung des Marine-Departements und gilt als hervorragender Fachmann auf diesem Gebiete. Gerade jetzt, da die militärischen Sachverständigen Amerikas mit dem Studium der Frage beschäftigt sind, ob der Bau neuer Luftschiffe nicht durch gezielte Luftstrafungen abzufließen sei, kommt seinem Urteil besondere Bedeutung zu.

„Ich sehe der Zepellinfreier mit großen Hoffnungen entgegen“, begann der Admiral. „Sie wird uns lehren, daß wir in Amerika uns früher oder später werden dazu entschließen müssen, die Verkehrsfrage, die in unserem Lande besonders schwierig ist, dadurch zu lösen, daß wir den Eisenbahnen Verbindungen einen regelmäßigen Luftschiffdienst zur Seite stellen und also in gewissem Umfang von den Eisenbahnverkehrsmitteln emancipieren und lenkbare Luftschiffe an ihre Stelle treten lassen. Mehr denn demnachwärts ist gerade auf unserem Kontinent mit seinen gewaltigen Entfernungen die ausgiebige Verwendung Luftschiffen angelegt, und ich glaube, daß der Zepellinfreier sich am besten als ein solches Instrument nach Ankunft des neuen Zepellins werden wir daher darauf bedacht sein, ihn ganz dem Handelsverkehr dienstbar zu machen. Die größten Dienste wird er uns wahrscheinlich durch rasche Postbeförderung, von Neu-York nach El Francisco und zurück leisten können. Ein militärisches Aufsehen kommt nicht in Frage.“

Präsident Coolidge, war als ich kürzlich davon gesprochen, daß der neue Zepellinfreier vielleicht für eine Forschungsreise zum Nordpol verwendet werden könnte.“

Vorläufig, erwiderte Admiral Moffatt, „steht darüber noch nichts fest. Wir müssen auf die öffentliche Meinung unseres Landes große Rücksicht nehmen, die eine Gefährdung durch Luftschiffe nicht billigen wird, besonders nachdem uns drei Luftschiffe bereits verlorengegangen. Das darf nicht wieder vorkommen.“

Das Gespräch kam dann auf die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten der Zepellinfreier. „Der Luftverkehr mit lenkbaren Luftschiffen“, führte der Admiral aus, „hat zweifellos eine große Zukunft. Deutschland hat auf diesem Gebiete die besten Dienste geleistet, und wir hoffen, daß auch innerhalb einer Zeit von ein paar Jahren der Zepellinfreier sich mit den Deutschen nicht vergleichen kann. Ich bin aber der Meinung, es hat sich erwiesen, daß die Luftschiffe völlig ausreichen, um einen Zepellinfreier Sicherheit zu gewähren. Das System derartiger Maschinen kann auf dem Lande und zur See noch weiter ausgebaut werden, so daß man mit einer beschränkten Zahl Hallen auskommen wird.“

Der Bau der Zepellinfreier, wie er mir sagte, den Bau noch größerer Luftschiffe als den oben erwähnten „Z. A. 3“. „Dann erst konnten wir hoffen, den Luftschiffverkehr zu beleben. Ganz zweifellos wird der transatlantische Flugverkehr in den nächsten Jahren eine starke Ausdehnung erfahren. Zunächst denke ich mir, wird wohl ein regelmäßiger Luftschiffdienst zwischen Neu-York und erste Versuch wird jedenfalls nicht der letzte sein, um so weniger, als ich fest davon überzeugt bin, daß er erfolgreich verlaufen und dazu beitragen wird, unsere freundschaftlichen Beziehungen mit dem deutschen Volke zu befestigen.“

Der Vertrag der Zepellinfreier-Gesellschaft mit der amerikanischen Regierung steht vor, daß die deutsche Regierung noch Anfang des Jahres noch mehrere Maschinen